

Aussiedler

Ulrich Mammey und Frank Swiaczny

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind mehrere Millionen Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und den traditionellen Siedlungsgebieten in Osteuropa nach Deutschland zugewandert. Deutsche im Sinne des Grundgesetzes – und damit gegenüber anderen Migranten mit einem besonderen Rechtsstatus ausgestattet – sind nach Artikel 116 GG Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit sowie deren Ehegatten und Kinder. Im Bundesvertriebenengesetz (BVFG) vom 19. Mai 1953 (s. Anhang) wird dieser Personenkreis genauer definiert. Aussiedler sind demnach Personen, die nach dem Abschluss der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen zugewandert sind. Die Volkszugehörigkeit ist über das Bekenntnis zum „deutschen Volkstum“ definiert (s. Anmerkung im Anhang).

Der Zuzug von Flüchtlingen begann bereits während der Endphase des Zweiten Weltkrieges und setzte sich nach 1945 durch Vertreibung und Umsiedlung fort (MÜNZ u. OHLIGER 1998). Zwischen 1945 und dem Ende der Vertreibung 1949/50 wurden etwa 12,75 Mio. Flüchtlinge nach dem BVFG registriert. Von ihnen wurden 8,1 Mio. in West- und 4,1 Mio. in Ostdeutschland aufgenommen (Stand Ende 1950, REICHLING 1986). Nach Abschluss der Vertreibung befanden sich noch ca. 1,7 Mio. Personen mit deutscher Volkszugehörigkeit in Polen, 1,42 Mio. in der UdSSR, 752.000 in den südosteuropäischen Län-

dern und 300.000 in der CSSR (REICHLING 1986).

Zuwanderungsphasen

Die Zuwanderung von Aussiedlern und Spätaussiedlern lässt sich grob in drei Abschnitte gliedern. Zwischen 1950 und 1987 erfolgte eine moderate Zuwanderung weitgehend in Abhängigkeit vom Stand der jeweiligen zwischenstaatlichen Beziehungen, die für die Möglichkeiten zur Aussiedlung von Bedeutung waren. Mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime und der wirtschaftlichen Destabilisierung der Länder des ehemaligen Ostblocks stiegen die Aussiedlerzahlen seit 1988 stark an. Die Phase anhaltend hohen Migrationsdrucks dauerte bis 1993. Seit dem 1. Juli 1990 konnten jedoch nur noch Personen zuwandern, die zuvor in ihrem Herkunftsland einen Antrag gestellt hatten. Zwischen 1950 und 1992 sind insgesamt etwa 2,8 Mio. Aussiedler in die Bundesrepublik gelangt, davon die Hälfte allein zwischen 1988 und 1992. Zwischen 1950 und 1988 waren es jährlich durchschnittlich rund 30.000, zwischen 1989 und 1992 dagegen jährlich mehr als 250.000 Personen.

Seit dem 1. Januar 1993 werden Personen aus der ehemaligen Sowjetunion als Spätaussiedler bezeichnet. Personen, die aus anderen Herkunftsländern stammen, werden seither nur noch dann anerkannt, wenn sie gegenwärtig aufgrund ihrer deutschen Volkszugehörigkeit andauernden Benachteiligungen ausgesetzt sind (s. Anmerkung im Anhang). Langfristig wird das Zuwanderungspotenzial dadurch begrenzt, dass nur noch vor dem 1. Januar 1993 geborene Personen den Spätaussiedlerstatus erhalten können. Die Höchstgrenze für Aufnahmebescheide wurde zugleich auf jährlich 225.000 plus/minus 10% festgesetzt, ab 2000 beträgt diese Quote nur noch 100.000. Mit diesen gesetzlichen Änderungen begann eine Phase der begrenzten Zuwanderung, die fast ausschließlich auf die ehemalige Sowjetunion beschränkt ist. Zwischen 1993 und 1999 sind etwa 1,2 Mio. Spätaussiedler zugewandert, durchschnittlich rund 180.000 pro Jahr, davon mehr als 96% aus den Nachfolgestaaten der UdSSR.

Die Zuwanderung aus Polen während der ersten Wanderungsphase versiegte nach 1951 zunächst gänzlich. Ende der 1950er Jahre erreichte sie einen ersten Höhepunkt, als mit Hilfe des Roten Kreuzes rund 300.000 „anerkannten Deutschen“ die Ausreise aus Polen ermöglicht wurde. Die Periode zwischen 1964 und 1970 ist durch eine verhältnismäßig hohe Zuwanderung aus der Tschechoslowakei gekennzeichnet. Der

seit 1975 länger andauernde Anstieg der Zuzüge aus Polen ist eine Folge der Entspannungspolitik. Der politische Wandel und die wirtschaftlichen Probleme des Landes haben Ende der 1980er Jahre zu einem starken Anstieg der Auswanderung geführt. Zwischen 1950 und 1987 war Polen das Hauptherkunftsland der deutschstämmigen Migranten, deren Zahl nach 1989 deutlich zurückging.

Die Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion blieb bis in die späten 1980er Jahre nahezu unbedeutend. Erst durch eine 1987 eingeführte Ausreiseregulierung konnte 1988 die Zahl von 10.000 Aussiedlern überschritten werden. Vor dem Hintergrund von Glasnost und Perestroika stiegen die Zahlen an, um schließlich jährliche Werte von über 200.000 Aussiedlern zu erreichen. Die gesetzlichen Maßnahmen haben eine Reduzierung auf nur noch jeweils gut 100.000 Zuzüge in den Jahren 1998 und 1999 eingeleitet.

In Rumänien wurden nach den Vertreibungen und Deportationen 1945 noch 345.000 Deutsche gezählt. Auch aus diesem Land blieb die Zahl der Aussiedler zunächst gering. Erst mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1967 begann ein leichter Anstieg. 1978 folgten bilaterale Vereinbarungen über die jährliche Aussiedlung von 12.000 - 16.000 Personen. Mit dem Zusammenbruch des Regimes verdoppelte sich die Zahl der Aussiedler 1989; 1990 reisten mehr als 110.000 Personen aus. Der anschließende deutliche Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass bereits ein Großteil der deutschen Minderheit abgewandert war (HOFMANN u. a. 1992).

Deprivation – Entbehrung, Mangel

Glasnost – Politik der Offenheit und Transparenz; in der früheren Sowjetunion ab 1985 von Parteichef M. Gorbatschow verwendetes Schlagwort für die von ihm propagierte neue Politik der Öffnung und Demokratisierung

Panelstudie – Langzeituntersuchung mit denselben Testpersonen zu mehreren Zeitpunkten

Perestroika – Politik des Umbaus und der Umgestaltung im ökonomischen und sozialen Bereich; ab 1985 zusammen mit Glasnost propagiertes Ziel der neuen sowjetischen Politik

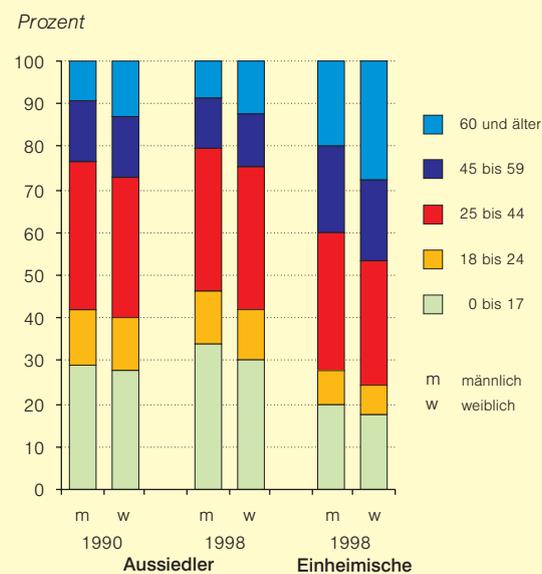
Zuwanderungskohorte – Gruppe der Zugezogenen eines bestimmten Beobachtungsjahrgangs

Aussiedler in der Bundesrepublik der 90er Jahre

Seit 1952 erfolgt die Aufnahme der Aussiedler in den einzelnen Bundesländern nach einem vom Bundesrat festgelegten Verteilungsschlüssel (s. Anmerkung im Anhang). Seit 1993 werden die neuen Länder in das Verteilungsverfahren einbezogen.

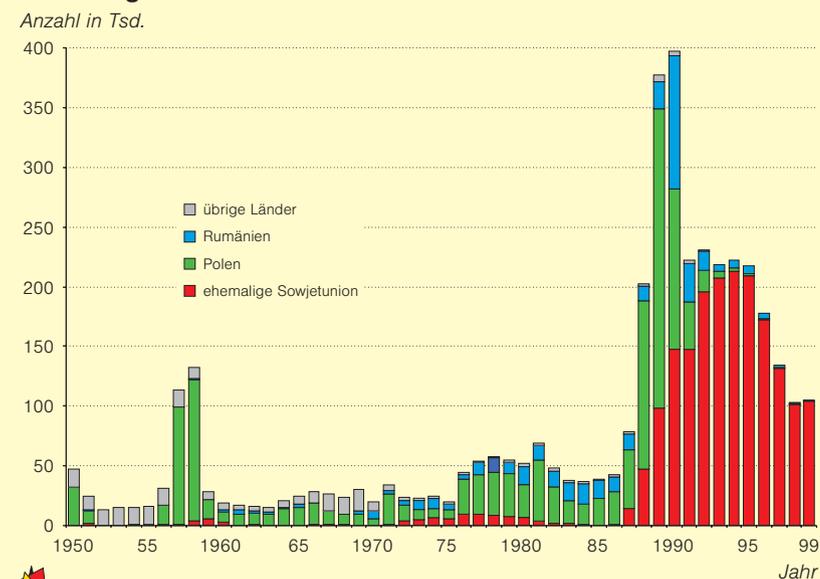
Die Erstaufnahme in Deutschland erfolgt in sechs Erstaufnahmeeinrichtungen des Bundes, die weitere Verteilung der Spätaussiedler durch die Länder, i.d.R. über deren zentrale Aufnahmeeinrichtungen (AA Beitrag Wendt, S. 136). Durch das Verteilungsverfahren nehmen diese Standorte bei der Binnenmigration eine Sonderstellung ein, da von ihnen extrem hohe Zahlen von Fortzügen registriert werden (AA Beitrag Bucher/Heins, S. 112). Von den Aufnahmeeinrichtungen werden die Spätaussiedler seit 1989, in jedem Bundesland unterschiedlich geregelt, verbind-

A Altersstruktur der Aussiedler 1990 und 1998 sowie der einheimischen deutschen Bevölkerung 1998



© Institut für Länderkunde, Leipzig 2001

B Zuzüge von Aussiedlern 1950-1999



© Institut für Länderkunde, Leipzig 2001

lich an die Stadt- und Landkreise zugewiesen, wo sie in Übergangswohnheimen und Ausweichunterkünften Aufnahme finden. Bei der Zuweisung des Wohnortes werden die Wünsche der Betroffenen nach Möglichkeit berücksichtigt. Seit 1989 ist der Bezug von Sozialleistungen durch Spätaussiedler an den zugewiesenen Wohnort gebunden.

Vor Einführung der Wohnortzuweisung waren vor allem die Ballungsräume Ziele der Zuwanderungen. Um einer Überlastung der betroffenen Städte zu begegnen, wird bei der Zuweisung in den verschiedenen Bundesländern heute fast überall ein Verteilschlüssel verwendet, der auch die Bevölkerungszahl der Städte berücksichtigt.

Die Auswirkungen des Verteilverfahrens zeigt die Karte 3. Die bevölkerungsreichen Länder nehmen über ihre Quoten den größten Anteil der Aussiedler auf. Die Diagramme für die Zuwanderung nach Ländern zeigen, dass sich sogar im Rahmen des Verteilverfahrens nach Herkunftsland differenzierte Wohnstandortpräferenzen herausgebildet haben. Die räumliche Konzentration der Aussiedler aus Rumänien in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen lässt sich beispielsweise auf eine Kettenwanderung zurückführen, bei der Migranten bevorzugt in Orte nachziehen, in denen bereits familiäre und nachbarschaftliche Bindungen (Netzwerke) bestehen.

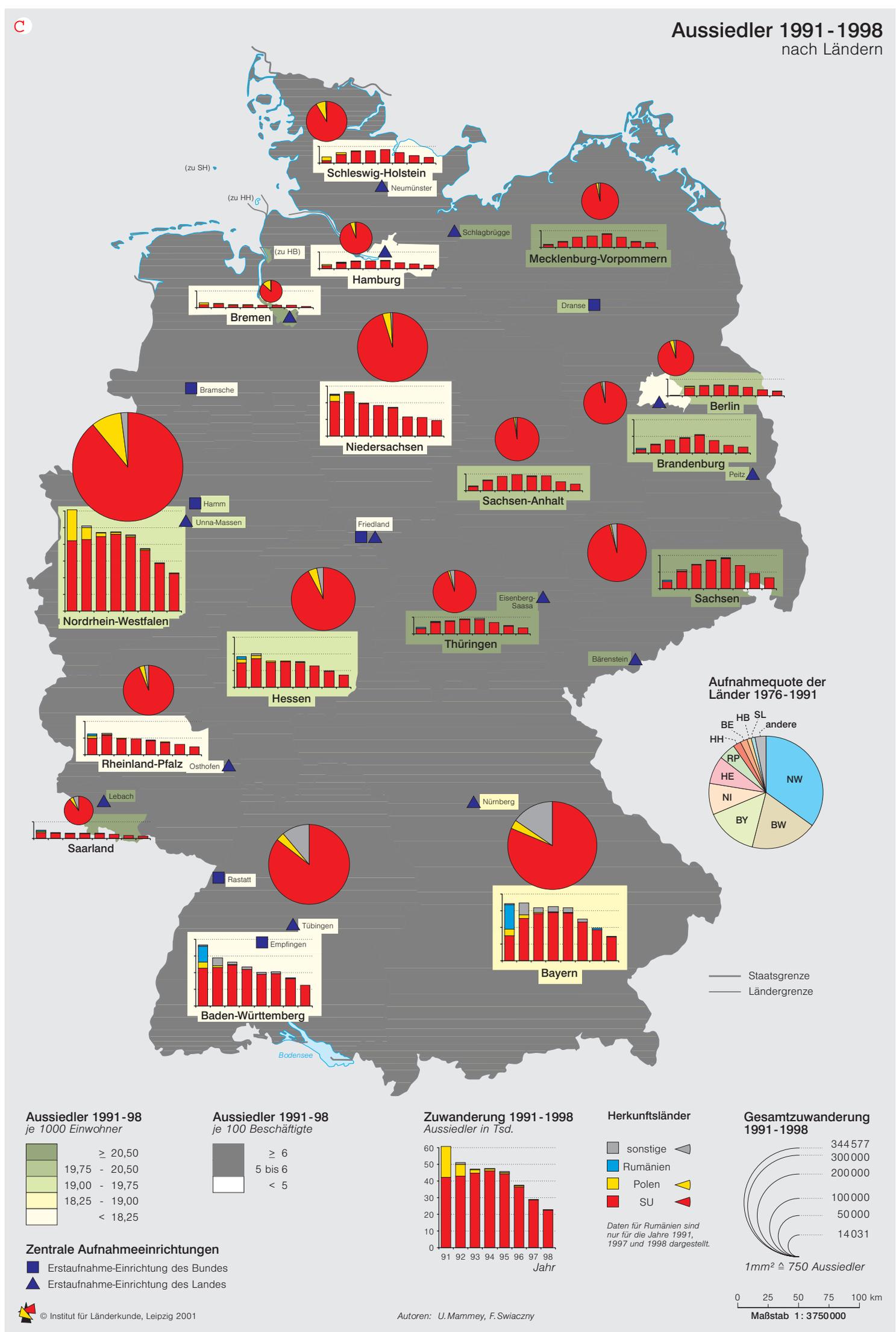
Die jährlichen **AZuzugskohorten** sind zwischen 1990 und 1998 im Durchschnitt jünger geworden **1**. Der Anteil der 18-Jährigen stieg auf über 30%, während die über 44-Jährigen an Gewicht verloren. Insbesondere im Vergleich mit der autochthonen Bevölkerung des Jahres 1998 zeigt sich die „junge“ Struktur der Aussiedler, die tendenziell eine Verjüngung der demographisch „alten“ deutschen Bevölkerung bewirkt.

Informationen zum Beruf stellen wichtige Indikatoren für die Integrationschancen der Aussiedler auf dem Arbeitsmarkt dar. Abbildung 6 zeigt die Berufsstruktur, wie sie sich zum Zeitpunkt der Einreise darstellt. Vor allem bei den Männern ist der Anteil der Berufe des primären Wirtschaftssektors auf nahezu 13% deutlich angestiegen. Für diese gibt es jedoch auf dem deutschen Arbeitsmarkt kaum Nachfrage. Rückläufig ist dagegen die Bedeutung der industriellen und handwerklichen Berufe.

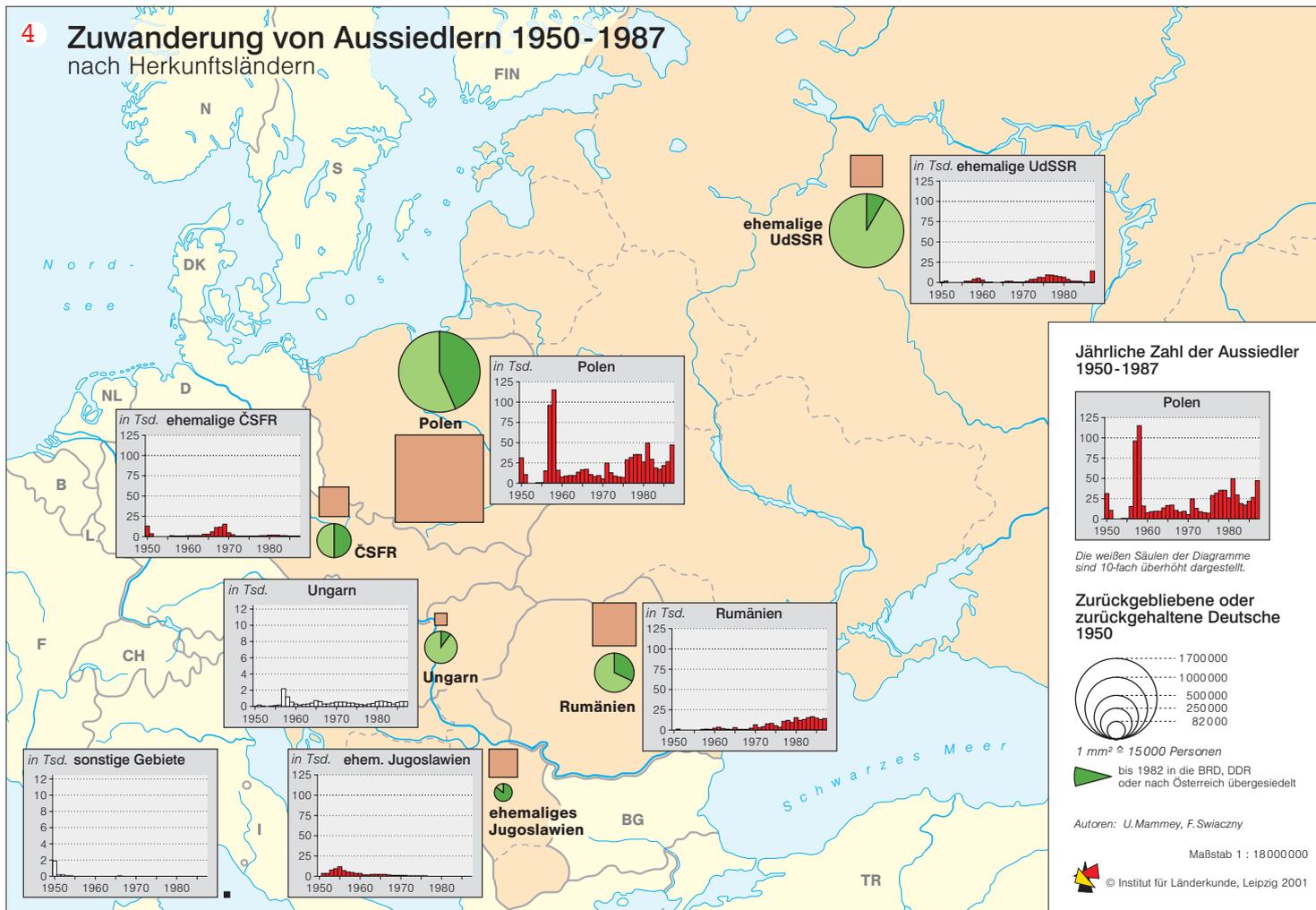
Der Vergleich zwischen der Berufsstruktur im Herkunftsland und in Deutschland für die Zuzugskohorte 1989/1990 zeigt eine deutliche Tendenz zur Einstellung unter dem Qualifikationsniveau. Generell hat der Anteil an Beschäftigten in unqualifizierten Arbeiterberufen zugenommen. Selbst höhere Qualifikationen ließen sich auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht deckungsgleich verwerten (MAMMEY U. SCHIENER 1998).

Integration

Mit dem Anwachsen der Zuzugszahlen auf weit über 350.000 Personen in **R**



4 Zuwanderung von Aussiedlern 1950-1987 nach Herkunftsländern



den Jahren 1989 und 1990 änderte sich die Einstellung der Bevölkerung gegenüber den Aussiedlern. Unter sich verschlechternden Integrationsbedingun-

gen drohte die Eingliederung in den Städten und Gemeinden vor allem dort zu scheitern, wo eine größere Anzahl Aussiedler massiert untergebracht wur-

de. Tendenzen zur Abkapselung und gesellschaftlichen Selbstorganisation mit allen Formen der Desintegration stellten sich ein. Bis Anfang der 1990er Jah-

re war der Zuzug besonders in abwanderungsgefährdeten ländlichen Regionen als Chance begriffen worden, Einwohnerzahl und Alterstruktur verbessern zu können. Infolge der seit 1989 gekürzten Integrationshilfen wurden Aussiedler nun aber zunehmend als Belastung empfunden (THRÄNHARDT 1999). Zudem hatte sich die Zusammensetzung der Aussiedler verändert, und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt hatten sich verschlechtert, was die Kommunen mit erhöhten Sozialleistungen belastete. Geringere Deutschkenntnisse haben hauptsächlich bei Jugendlichen zu einer verminderten Integrationsbereitschaft sowie einem verzögerten Integrationsverlauf geführt.

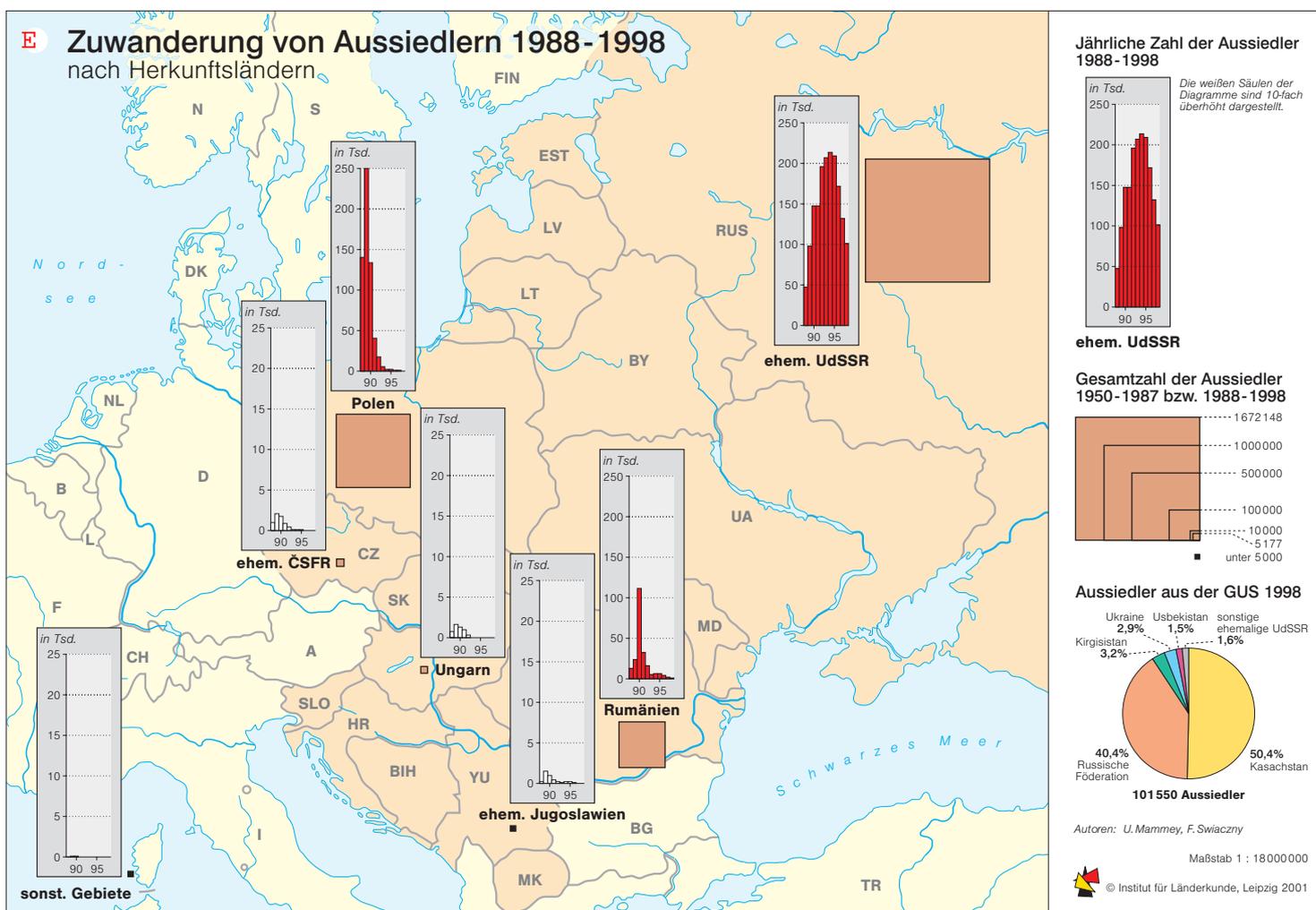
Nach objektiven Kriterien gemessen können Immigranten als integriert betrachtet werden, wenn sie eine der angestammten Bevölkerung vergleichbare Entwicklung in ihrer sozialstrukturellen Differenzierung und gleiche Chancemuster in wichtigen Lebensbereichen aufweisen. Darüber hinaus ist die subjektive Erfahrungsperspektive in die Beurteilung des Integrationserfolges einzu beziehen. Aus einer repräsentativen **A Panelstudie der A Zuwanderungskohorte 1990/91** ergibt sich die folgende Typisierung (MAMMEY U. SCHIENER 1998) **7** :

- Nahezu die Hälfte (48%) der Aussiedler konnte nach ca. vierjährigem Aufenthalt in Deutschland als gut integriert bezeichnet werden – ihre objektiv guten Bedingungen wurden auch subjektiv als gut empfunden; 64% der befragten Aussiedler aus Rumänien befanden sich in dieser Gruppe, aber nur 38% der befragten Polen.
- 27% konnten als adaptiert gelten, da sie ihre Situation trotz schlechter objektiver Bedingungen als gut bezeichneten. Fast die Hälfte dieser Gruppe waren Aussiedler aus der ehemaligen UdSSR, nur 11% kamen aus Rumänien. Dieses Paradoxon spricht für einen konfliktfreien Integrationsverlauf.
- Subjektiv als schlecht empfunden 11% ihre Lebenslage, obwohl sie nach objektiven Kriterien strukturell gut integriert waren. Zwei Drittel dieser am schwächsten besetzten Gruppe stammten aus Rumänien.
- Der Rest von 14% bildete die Gruppe der **A Deprivierten**, deren objektive wie subjektiv empfundene Lage eher negativ bezeichnet werden musste. Hier waren Aussiedler aus Rumänien gegenüber Personen aus den übrigen Herkunftsländern unterrepräsentiert.

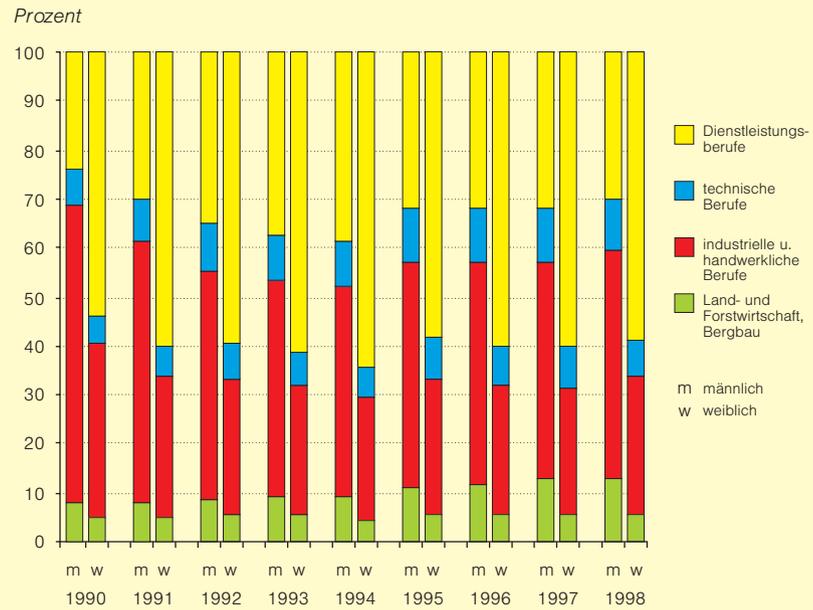
Ausblick

Zusammenfassend lässt sich die Integration der Aussiedler aus der zahlenmäßig starken Zuzugskohorte von 1990/91 insgesamt positiv beurteilen. Dieser Befund steht damit in der Tradition einer weitgehend erfolgreichen Zuwanderung von Aussiedlern nach Deutschland, auch wenn deren völlige Integration in der ersten Generation meist noch nicht erreicht werden konnte (LÜTTINGER 1986). In den 1990er Jahren hat sich

E Zuwanderung von Aussiedlern 1988-1998 nach Herkunftsländern



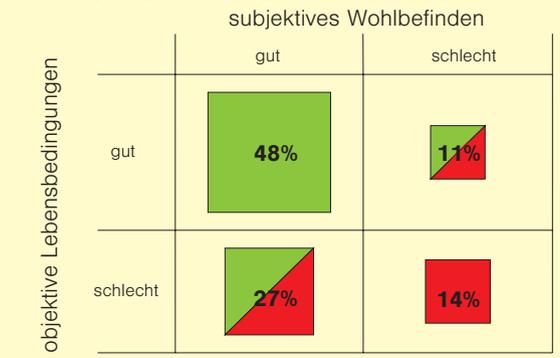
F Berufsstruktur der Aussiedler 1990-1998



© Institut für Länderkunde, Leipzig 2001

die Lage auf dem Arbeitsmarkt und die Situation hinsichtlich der Aufnahmebereitschaft der ansässigen Bevölkerung verschlechtert. Die Chancen der Spätaussiedler werden daher künftig vor allem von ihrem Alter, ihrer beruflichen Qualifikation und nicht zuletzt von ihren Sprachkenntnissen und ihrem Integrationswillen abhängen. Letztlich verbleibt jedoch immer eine Anzahl deprivierter Personen, deren Integration weitere Anstrengungen erfordert. Insbesondere die konzentrierte Unterbringungen solcher Personen in bestimmten Wohngebieten könnte andererseits zur Verfestigung von Problemen beitragen und im Wohnumfeld zu Konflikten mit anderen ebenfalls benachteiligten Gruppen führen.?

G Typologie von Lagen sozialer Integration



© Institut für Länderkunde, Leipzig 2001

Zur Methodik der Typologie von Lagen sozialer Integration von Aussiedlern, s. Anhang.

H Deutsche Auswanderung nach Russland im 18. und 19. Jahrhundert

